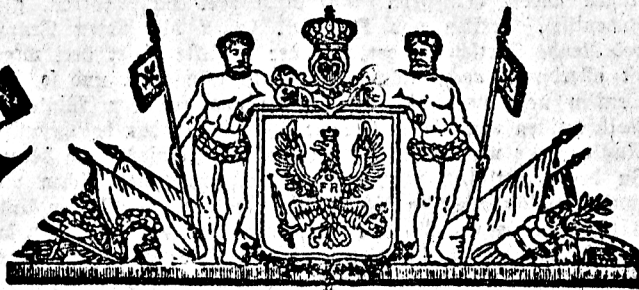


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtags nur einmal. Jeden Sonntag 4 mal illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschafts- und Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle, Wochenkruzettel der Berliner Börse.

Berug: Monatlich 4,50 M., vierteljährlich 13,50 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1,50 M. u. 28 1/2% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Die „Vossische Zeitung“ erscheint heute zum ersten Male wieder nach dreitägigem Verbot. Die Urkunden über dieses Verbot und die wichtigsten Ereignisse der letzten Tage finden die Leser im ersten Beiblatt der vorliegenden Ausgabe.

Die Kriegsgefangenen.

Von
Georg Bernhardt.

Das Verbot der „Vossischen Zeitung“ stiftet sich besonders darauf, daß sie durch ihre Darlegungen über die Kriegsgefangenenfrage Beunruhigung in die Reihen der Kriegsgefangenen und deren Angehörige getragen habe. Diese Auffassung der Regierung ist falsch. Ein großer Teil der Regierungsmitglieder hat in den Zeiten schwerer Oppositionstätigkeit sich stets energisch dagegen verwahrt, daß bei der Kritik von Missetaten und Regierungsfehlern derjenige Unruhe erregt, der die Missetate aufdeckt und die Fehler rügt. Weshalb soll nun plötzlich, das gestern noch richtig war, heute falsch sein? Nur weil heute die Oppositionsmänner von gestern auf der Ministerbank sitzen? Was die „Vossische Zeitung“ seit Monaten in der Kriegsgefangenenfrage geschrieben hat, schrieb sie lediglich, um unjenseitigen Verleumdungen, die noch in französischer Gefangenschaft schwebten, zu helfen. Die Redaktion weiß sich eins mit dem gesamten deutschen Volke in dem Wunsche, die Hunderttausende deutscher Familienmitglieder so bald wie möglich wieder in der Heimat zu haben. Es ist begreiflich, daß ein großer Teil des deutschen Volkes, für den diese ganze Frage eine Angelegenheit des tiefsten und schmerzhaftesten menschlichen Empfindens ist, bitteren Groll gegen die französische Regierung empfindet, die die Gefangenen nach wie vor zurückhält. Und deshalb kann man volles Verständnis dafür haben, daß sich dieser Groll in Massenprotesten auf Massenversammlungen entlädt.

Aber wenn in dem Bestreben, die deutschen Kriegsgefangenen bald der Heimat wieder zurückzugewinnen, allgemeine Einigkeit besteht, so muß doch die Frage gestattet sein, ob der Weg des Protestes und die Methode der fortgesetzten Anklage gegen Frankreich geeignet ist, zum Ziele zu führen. Gerade wenn man unterstellt, daß alle Vorwürfe gegen die Exzesse der französischen Regierungsmänner berechtigt sind, gerade dann ist es die Frage, ob man sich irgendwelche praktischen Wirkungen von Anklagen und Protesten versprechen kann. Ganz nüchtern betrachtet, ist die Lage folgende: Auf der Gegenseite steht ein Gegner, dem durch den Waffenstillstandsvertrag und durch den Friedensvertrag die Möglichkeit gegeben ist, auch die brutale Macht gegenüber dem wehrlos gewordenen Deutschland auszuüben. Deutschland hat bei niemandem in der Welt Hilfe zu erwarten. Jeder Glaube an irgendeine von außen kommende wunderbare Rettung ist ein schwerer und verhängnisvoller Irrtum. Die einzig mögliche Methode in dieser Lage ist der Weg der Verhandlung. Man hätte Verpflichtungen tun kann, wenn sie rechtskräftig geworden sind, nicht mehr im ganzen abstrahieren. Man kann aber Milderungen durchzusetzen versuchen, indem man Vorschlagszahlungen oder Erschließungen anbietet.

Diese Methode ist in der „Vossischen Zeitung“ für die Lösung des Kriegsgefangenenproblems vorgeschlagen und verfolgt worden. Und die Grundlage für diesen Standpunkt bildete nicht etwa irgendeine weltfremde Idee, irgendeine Ablehnungsschwelle, sondern vielmehr jene Note des Obersten Rates der Alliierten, durch die die Entente versprach, die deutschen Kriegsgefangenen nach vor der Ratifikation in die Heimat zu entlassen. Es ist nötig, den Wortlaut dieser Note der Öffentlichkeit ins Gedächtnis zurückzurufen. Sie lautet:

„Um so rasch wie möglich die durch den Krieg verursachten Leiden zu mildern, haben die alliierten und assoziierten Mächte beschlossen, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages mit Deutschland, so weit es den Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen betrifft, vorzudatieren. Die Vorbereitungen zum Rücktransport werden sofort beginnen, und zwar durch eine interalliierte Kommission, der ein deutscher Vertreter anwesend sein soll, sobald der Vertrag in Kraft tritt.“

Die vom 20. August datierte Note nahm fast die gesamte deutsche Presse mit Befriedigung auf. Damals hat niemand in den Schlussätzen eine tabulswerte Verquickung der Kriegsgefangenenfrage mit einem Friedensvertrage gesehen. Damals konnte niemand im Zweifel sein, daß der wichtigste und schnellste Weg, die Kriegsgefangenen der Heimat wieder zurückzuführen, die Erfüllung der von Deutschland übernom-

Der demokratische Gedanke als Rettungsweg

Eine Rede des Senators Peterßen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Hamburg, 13. November.

„Die politischen Parteien des neuen Deutschland“ war das Thema, über das der Vorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei, Senator Dr. Peterßen, im überfüllten großen Saale der „Erholung“ in Hamburg heute abend unter stärkstem Beifall sprach.

Der demokratische Gedanke sei die Rettung Deutschlands. Demokratie sei gleichbedeutend mit Gerechtigkeit. Die radikalen Parteien können für die Demokraten nicht in Betracht. Die von ihnen geforderte Räteverfassung sei un-demokratisch. Die Mehrheitssozialdemokratie sei zurzeit in einer sehr bedrängten Lage, man müsse ihr aber dankbar sein, daß sie den demokratischen Gedanken bis heute aufrecht erhalten hat, sonst wären wir heute schon im Chaos.

In wirtschaftlicher Hinsicht sei die demokratische Partei von den Mehrheitssozialdemokraten getrennt. Die deutsche Wirtschaft lasse sich nicht allein auf die Interessen der Arbeiter gründen,

sondern Verpflichtungen war. Darüber, daß die Verpflichtungen des Friedensvertrages unerfüllt schwer sind, besteht kein Zweifel. Daß sie so schwer wurden, ist, wie in der „Vossischen Zeitung“ wiederholt dargelegt war, und demnach noch ausführlich erörtert werden soll, zu einem nicht geringen Teil auf die hier dauernd bekämpfte Verhandlungsmethode der deutschen Regierung zurückzuführen. Aber der Friedensvertrag enthält trotz all seiner Härten eine wesentliche Bestimmung, bei deren geschickter Ausnutzung eine wichtige Erleichterung für die Erfüllung zu erzielen gewesen wäre. Deutschland erhielt dadurch die Möglichkeit, völlig neue Vorschläge für die Ausführung der wirtschaftlichen Bedingungen, namentlich gegenüber Frankreich, zu machen. Diese Vorschläge sind nicht gemacht. Sie war am 28. Oktober abgelaufen, und während der ganzen vier Monate ist es nicht gelungen, zu einer Bereinbarung zu kommen. In einem Artikel der offiziellen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird demgegenüber gesagt:

„Gerade der „Vossischen Zeitung“ ist in langen Unterredungen Gelegenheit geboten worden, sich von dem unwandelbaren Willen der Reichsregierung zu überzeugen, ohne jede Sentimentalität die Gemeinamkeit und die Gegenseitigkeit zur Grundlage des Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland zu machen.“

Tatsächlich hat in einem Reichsministerium zwischen einem Redakteur der „Vossischen Zeitung“ und einem deutschen Diplomaten eine Unterredung stattgefunden, der noch eine andere Amsperson beizuhören. Dieser Herr scheint in sehr enger Beziehung zu dem Autor in der „Deutschen Allg. Ztg.“ zu stehen. Es ist nun schwer verständlich, wie der Offiziosus zu seiner Behauptung über das glückliche Ergebnis der Unterredung kommen konnte. Wir haben bisher das Gespräch als vertraulich betrachtet. Da es aber nun in dem offiziellen Blatt zum Gegenstand der Erörterung gemacht und als Beweismaterial gegen die Gutgläubigkeit der „Vossischen Zeitung“ verwandt worden ist, so sind wir allerdings genötigt, demnach die wesentlichen aus dieser Unterredung gewonnenen Einzelheiten den Lesern zur Beurteilung vorzuführen. Schon heute sei festgestellt, daß diese Unterredung uns keineswegs davon überzeugt hat, daß die deutsche Regierung alles getan habe, um die wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages zu mildern. Vielmehr ist gerade durch das bei dieser Gelegenheit vorgebrachte erdrückende Beweismaterial unsere gegenteilige Überzeugung verstärkt worden, daß von berufener französischer Seite die größte Bereitwilligkeit vorhanden gewesen ist, eine wirtschaftliche Verständigung herbeizuführen, daß dagegen das deutsche Verhalten gegenüber den französischen Vorschlägen nach Aussage deutscher Teilnehmer bei den Franzosen bei Eindruck entstanden ist, daß Deutschland nicht aufrichtig verhandelt.

Es liegt uns fern, uns mit der französischen Beurteilung zu identifizieren. Es soll hier heute nicht einmal untersucht werden, ob Deutschland wichtiges unterlassen hat und aus welchen Motiven das geschehen ist. Lediglich die französische Auffassung sei hier festgestellt. Auf sie kommt es hier allein an. Es geht doch, darum, die in französischer Kriegsgefangenenfrage befindlichen Deutschen zurückzubringen. Und wenn man die Mittel erwägt, die dazu am geeignetsten sind, so kann man nicht die Psychologie des Vertragsgegners außer acht lassen, auf dessen Glauben, auf dessen Eindruck, auf dessen Gutwilligkeit man angewiesen ist. Wenn man der Meinung wäre, die deutsche Regierung hätte Absicht und Macht, einen neuen Krieg zu führen, so hätten flammende

und die Sozialdemokratie entwickelte sich heute zu einer neuen Klassenpartei. Trotzdem lasse sich nur mit ihr zusammen im demokratischen Sinne Machtpolitik treiben. Das Zentrum, das es verstanden hat, immer dabei zu sein, hat einen starken demokratischen Einschlag und werde durch diese Elemente bei der jetzigen Regierungsmehrheit gehalten, aber die Bischofskonferenz in Fulda habe bewiesen, daß das Zentrum auch eventuell gegen die Verfassung gehen würde. Diese aber müsse unbedingt aufrecht erhalten werden, alles andere sei ein Verbrechen.

Wirtschaftspolitik besteht die Demokratie auf der Erhaltung der Eigenwirtschaft. Nur wenn ein einzelner oder ein Interessentenkreis ein Monopol mißbrauche, müsse die Verstaatlichung eintreten. Auf jedem anderen Wege müsse der Zusammenbruch eintreten. Darüber seien sich jetzt auch die Führer der Mehrheitssozialisten klar.

Der Redner rief zum Schluß dazu auf, daß sich alle diejenigen Parteien, die die Sicherung des demokratischen Gedankens gewährleisten wollen, zusammenschließen. Nicht das Trennende dürfe etwa jetzt hervorheben. In der Sicherung der demokratischen Idee sei auch die Möglichkeit der Wiederanbahnung der internationalen Beziehungen zu erblicken.

Geniesse und Erregung der Volksleidenschaft einen Zweck. Aber diese Macht besitzt Deutschland nicht, und solche Macht kann die deutsche Regierung unmöglich haben. Und deshalb muß jede Aktion unpraktisch und unverständlich erscheinen, die vom Wege der Verhandlung und vom Wege der Erfüllung auch nur einen Schritt abweicht.

Es besteht der irdische Glaube, der durch gewisse Ausdehnungen der Regierung unterdrückt wird, daß durch die Darlegung des wirklichen Sachverhalts dem französischen Gegner Material geliefert werde. Demgegenüber sei ausdrücklich betont, daß in der „Vossischen Zeitung“ nicht eine einzige Mitteilung veröffentlicht worden ist, deren Inhalt die Franzosen nicht kennen. Ein großer Teil der hier mitgeteilten Tatsachen ist sogar direkt Gegenstand der Reklamation seitens der Vertragsgegner Deutschlands gewesen oder französischen Äußerungen entnommen. Der französische Zeitungen liest und über die Einzelheiten der amtlichen Verhandlungen während der letzten Monate unerrätlich ist, weiß, daß die Franzosen von der heftigsten Angst gegenüber Deutschland besetzt sind. Sie glauben daran, daß reaktionäre Kräfte in Deutschland daran arbeiten, die Demobilisierungsbestimmungen zu umgehen, und sie sehen namentlich in den deutschen Truppen im Baltikum die Kerntruppe einer zukünftigen deutschen Kriegsführung gegen Frankreich. Das ist bei einem Teil des französischen Volkes ehrliche Meinung, von einem andern Teil wird in scharfmacherischer Weise zu Zwecken der Gewaltpolitik diese Meinung ausgenutzt. Auch Partei kommt es gar nicht darauf an, ob diese Furcht begründet ist oder nicht, sondern nur auf die Tatsache, daß sie besteht. Und nun ist es wiederum eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß die Entwicklung der baltischen Vorgänge diese Furcht Frankreichs und seinen Glauben an deutsche Unaufrichtigkeit verstärkt haben. Frankreich hat von Anfang an die Auffassung betont, Deutschland verschleudre den Abtransport seiner Truppen. Es hegte die Befürchtung, daß Deutschland dabei mit englischer Unterstützung arbeite. Nachdem im Juni die Räumung des Baltikums gefordert und zugesagt war, nachdem dann bis Ende August technische Einwendungen von Deutschland gemacht wurden (deren Berechtigung gar nicht bestritten werden soll), nachdem gegenüber der Gehonjamsverweigerung der Eisernen Division lange feierliche Taten erfolgten, drückte im Anfang September noch General von der Goltz in öffentlicher Rede deutlich die Hoffnung aus, daß England und Deutschland die Notwendigkeit des Verbleibens der Truppen einsehen würden. Erst am 25. September hat man in Deutschland endlich die Lösung für die baltischen Truppen gefordert und die Grenztruppe verhängt (vorher die Franzosen behaupten, daß sie nicht durchgeführt werde). Dieser all dieses hat sich die Ententennote vom 10. Oktober wie folgt ausgelassen:

„Nachdem die Einordnungen der deutschen Regierung offenbar trotz der wiederholten Erläuterungen und Vorstellungen der alliierten und assoziierten Regierungen so lange zurückgehalten worden sind, daß die deutsche Regierung jetzt behaupten kann, sie sei tatsächlich nicht in der Lage, ihre Ausführung durchzuführen, ist es schwer, nicht anzunehmen, daß diese Verzögerung beabsichtigt wurde, um die Verhältnisse herbeizuführen, welche die deutsche Regierung jetzt zu behaupten versucht.“

Auch diese Behauptung der Entente wollen wir uns durchaus nicht zu eigen machen. Wir bestritten sie sogar schon deshalb auf das entschiedenste, weil die jetzige deutsche